

DATUM: Eberswalde, 16. November 2016

Beschlussvorlage zur Behandlung in öffentlicher Sitzung

Beratungsfolge:

Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration	29.11.2016	Beratung
Hauptausschuss	08.12.2016	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	15.12.2016	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Erhöhung der Finanzmittel für die Freiwilligenagentur i.H.v. jeweils 9000€ in den Haushaltsjahren 2017/ 18.

Begründung:

Die Freiwilligenagentur ist ein landesweit beachtetes, geschätztes und in seiner Form einzigartiges Projekt der Stadt Eberswalde bei der Bürgerstiftung Barnim-Uckermark. Über die Struktur der Stiftung ist die Freiwilligenagentur an den Bundesverband deutscher Stiftungen sowie weitere Netzwerke angebunden und kann zugleich auf deren Ressourcen wie Beratung, Zugang zu Programmen, Kooperationen usw. zugreifen.

Die Geschäftsstelle der Bürgerstiftung wird derzeit ausschließlich aus privaten Mitteln finanziert (Groebenstiftung und Freudenbergstiftung). Mit diesen privaten Mitteln ist die inhaltliche und strukturelle Anbindung an die Bürgerstiftung jedoch nicht abgesichert. Bedingung für eine private finanzielle Unterstützung ist eine öffentliche Beteiligung. Hierzu beantragt die SPD-Fraktion eine Beteiligung der Stadt Eberswalde in Höhe von jeweils 5.000€ in den Haushaltsjahren 2017/ 2018.

Die Freiwilligenagentur ist durch Kooperationsvertrag mit der Stadt Eberswalde derzeit mit einer halben Personalstelle (20 Stunden/ Woche) ausgestattet. Bedingt durch zahlreiche neue Projekte in der Arbeit mit Flüchtlingen und der Aufnahmegesellschaft hat sich der Arbeitsumfang insbesondere mit Freiwilligen bedeutend erhöht. Diese wichtige Arbeit möchte die SPD-Fraktion mit zusätzlichen Haushaltsmitteln von jährlich 4.000€ fördern. Darüber hinaus ist diese Position in die bestehende Korporationsvereinbarung aufzunehmen. Damit wird zugleich der Forderung der Maßnahme 20 aus dem Maßnahmenpapier (Förderung der Arbeit von Freiwilligen) entsprochen.

Zur Deckung schlägt die SPD-Fraktion die Mittel aus dem Haushaltsansatz 31.30 (Maßnahmen für Flüchtlinge und Asylbewerber) vor.



Lux
Vorsitzender DIE SPD-Fraktion